

Helmut Rönz

Zwischen Kooperation und Expansion

Die Provinzialverwaltung und die Universität Bonn 1920 bis 1945

»Wie keine andere Wissenschaft erscheint die früher oft genug belächelte Volkskunde berufen, am Aufbau und Ausbau des neuen deutschen Wesens mitzuarbeiten. Sie ist im wahrsten Sinne die nationalsozialistische Wissenschaft. Der Nationalsozialismus wird die Volkskunde nunmehr als Wissenschaft seines eigenen Ichs auf den ihr gebührenden Sitz im Kreise der übrigen Wissenschaften heben.«¹ Das schrieb der Kölner Volkskundler Adam Wrede am 19. Oktober 1933 in einem Artikel im Westdeutschen Beobachter und verlieh damit seinem Wunsch Ausdruck, nunmehr mit seinen Forschungen und seinen in der Weimarer Republik entwickelten innovativen Ansätzen – sie widmeten sich vor allem dem Landleben, den Bauernfamilien am Rhein und ihren Häusern – im neuen Staat reüssieren zu können.²

Wie im Forschungsprojekt des Landschaftsverbandes Rheinland »Widerstand im Rheinland 1933–1945« nachgewiesen wurde, waren die Eliten nach 1933 nur unterdurchschnittlich oppositionell aktiv, anders als etwa Arbeiter und Handwerker.³ Dies galt nicht nur

für Juristen wie den Bonner Absolventen Hans Globke.⁴ Das galt auch für jene, die in der Wissenschaft vorankommen wollten. Wredes Ausführungen im Westdeutschen Beobachter sind ein beredtes Zeugnis für die opportunistischen Hoffnungen der Akademikergeneration, die in der Weimarer Zeit an den deutschen Universitäten sozialisiert wurde und schließlich in der NS-Zeit ihren Platz im Kulturbetrieb suchte.⁵ Es verwundert wohl nicht, dass man solchen Opportunismus häufiger in den Kulturwissenschaften fand. Wenn wir uns also der Frage nähern, wie die Universität Bonn, der Staat und der Provinzialverband interagierten, so muss schon zu Beginn konstatiert werden, dass es hierbei keine Einbahnstraßen gab. Zwischen Kooperation und Expansion – der Titel des Beitrages legt bereits jene Ambivalenz zugrunde, die in Wredes Ausspruch deutlich wird. Es wäre sicherlich zu einfach zu konstatieren, dass die Universität und einzelne Fächer einfach nur geschaffen, verändert, marginalisiert wurden oder expandierten.

Für einen allgemeinen Überblick vgl. Georg Mölich, Rahmenbedingungen und Strukturen der Kulturpolitik des Rheinischen Provinzialverbandes nach dem Ersten Weltkrieg – ein Überblick, in: Jürgen Kunow / Thomas Otten / Jan Bemann (Hrsg.), Archäologie und Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz 1920–1945, Bonn 2013, S. 43–47; eine wissenschaftliche Gesamtstudie steht noch aus, wie Karl Ditt sie für Westfalen vorgelegt hat, vgl. Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988.

¹ Zit. nach Michael Löffelsender, Möglichkeiten und Grenzen eines nationalsozialistischen Modelfachs. Deutsche Volkskunde an der Universität Köln 1919–1945, in: Geschichte im Westen (2008), S. 89–117, hier S. 89.

² Zur Genese dieses Ausgangspunktes vgl. Wolfgang Jacobeit / Hannjost Lixfeld / Olaf Bockhorn (Hrsg.), Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1994, oder auch die Sammlung von Frank Schirrmacher, »Der göttliche Volkstumsbegriff« und der »Glaube an Deutschlands Größe und heilige Sendung«, Hans Naumann als Volkskundler

und Germanist im Nationalsozialismus. Eine Materialsammlung mit Daten zur Geschichte der Volkskunde an den Universitäten Bonn und Köln, Neuaufgabe, Bonn 2000.

³ Die Ergebnisse des Sonderprojektes »Widerstand im Rheinland 1933–1945« sind einsehbar im LVR-Internetportal Rheinische Geschichte unter www.rheinische-geschichte.lvr.de (Zugriff am: 20.09.2018). Die Erkenntnis lässt sich mit dem bereits abgeschlossenen Teilprojekt »Widerstand an der Saar 1935–1945« verdichten. Vgl. Markus Gestier / Helmut Rönz (Hrsg.), »Herr Hitler, Ihre Zeit ist um!«. Widerstand an der Saar 1935–1945, St. Ingbert 2016; hier vor allem S. 31 f.

⁴ Vgl. Erik Lommatzsch, Hans Globke (1898–1973). Beamter im Dritten Reich und Staatssekretär Adenauers, Frankfurt am Main und New York 2009.

⁵ Frank-Rutger Hausmann (Hrsg.), Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945, München 2002; Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder die »unhörbare Stimme des Blutes«, in: Winfried Schulze / Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt 1999, S. 89–113.

Der Provinzialverband war vor und nach 1933 nur einer der Protagonisten.⁶ Die Hauptinteraktion von universitären Institutionen und Forschern erfolgte mit staatlichen Stellen und nicht mit dem höheren Kommunalverband. Hier ist vor allem die Beteiligung der medizinischen Fakultät an den NS-Medizinverbrechen zu nennen.⁷ Zentral wurden ab 1934 fast alle Zwangssterilisationen des Erbgesundheitsgerichtes Bonn an der Bonner Universitätsklinik beziehungsweise der Chirurgischen Klinik vorgenommen. Frauen wurden speziell in der Frauenklinik der Bonner Universität zwangssterilisiert.⁸ Hier kam wiederum auch der Provinzialverband zum Einsatz, denn zum einen waren die Gesundheitsämter und die beteiligten Ärzte alle kommunal bestellt, Fürsorgeeinrichtungen waren in der Obhut des Provinzialverbandes, zum anderen erfolgte die Durchführung der NS-Medizinpolitik in enger Abstimmung mit den kommunalen Behörden. Zudem kamen eigene Hinweise und Anzeigen aus den Provinzialpflegeanstalten, auch Anträge auf Sterilisation. Anträge durften nur Amtsärzte, Gefängnisdirektoren und die Leiter der Provinzialpflegeanstalten stellen.⁹ In fast keinem Bereich ist die Zusammenarbeit von Staat und Universität so umfang- und folgenreich wie in der Medizin und in der Folge auch in den Naturwissenschaften, etwa in der Biologie.

Das ideologische Begleitprogramm wurde in der Kultur geschaffen; zumindest war ihr diese Aufgabe zugeordnet. Hier sind wir wieder bei Adam Wrede, aber auch bei Namen wie Franz Petri¹⁰ und anderen. Gerade in diesem Bereich war der Provinzialverband aktiv tätig, denn hier erfolgte eine Symbiose von nationalen Ambitionen und traditionellen Partikularinteressen der regionalen

Kultureliten, die ihren Anfang bereits in der Weimarer Zeit genommen hatte. Im Folgenden sollen beispielhaft drei Institutionen vorgestellt werden; herausgehoben werden vor allem Aktionen und Reaktionen von Wissenschaft und Kultur im Beziehungsdreieck von Staat und Ideologie, Provinz und Forschung.

Das Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande

Das wohl bekannteste Beispiel enger Zusammenarbeit zwischen der »Provinz«, wie es abgekürzt in den Chroniken der Universität heißt, und der Universität Bonn nahm seinen Anfang bereits 1920 mit Gründung des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Der Gründung war die Initiative Hermann Aubins vorausgegangen, eines jungen Wissenschaftlers, der seit 1919 vornehmlich Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn lehrte.¹¹ Marlene Nikolay-Panter hat bereits einiges zu den ersten Jahren des Instituts veröffentlicht,¹² weshalb an dieser Stelle nur ausgewählte Aspekte beleuchtet werden. Die Förderung des Instituts durch die Provinz erfolgte auf zwei Arten. Zum einen bezuschusste man das Institut mit einer jährlichen Zahlung; zum anderen unterstützte der Provinzialverband einzelne Vorhaben mit Sonderförderung, auch Dauerprojekte wie das Rheinische Flurnamenarchiv. Im Jahr 1928 erhielt das Institut beispielsweise von der Provinz fünfhundert Reichsmark für allgemeine Kosten und darüber hinaus für Projekte weitere dreitausend Mark. Alles nicht viel, wenn man vergleicht, dass die Gesellschaft für Rheini-

⁶ Zu dessen Geschichte vgl. Helmut Rönz, Von den Provinzialständen zum Landschaftsverband, in: Christoph Becker / Peter Fassl (Hrsg.), Die Höheren Kommunalverbände in Deutschland – Modell und Zukunft, Berlin 2017, S. 21–38; für die Bedeutung der Kulturpflege nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Mölich, Rahmenbedingungen (Fußnotenvorspann) oder für Westfalen neben Ditt, Raum (Fußnotenvorspann) auch Hans-Joachim Behr, Die preußischen Provinzialverbände. Verfassung, Aufgabe, Leistung, in: Karl Teppe (Hrsg.), Selbstverwaltungsprinzip und Herrschaftsordnung. Bilanz und Perspektiven landschaftlicher Selbstverwaltung in Westfalen, Münster 1987, S. 11–44, S. 38 f.

⁷ Vgl. Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich«, München 2006 sowie ders., »Euthanasie« und Zwangssterilisierungen im Rheinland (1933–1945), in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/%E2%80%9Eeuthanasie%22-und-zwangssterilisierungen-im-rheinland-1933%E2%80%931945/DE-2086/lido/57d1351705ea2.40921674#toc-65 (Zugriff am: 20.09.2018). Seit 2017 erforscht das LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte im Verbund mit dem Rhein-Sieg-Kreis und der Universität Bonn die NS-Medizinverbrechen im heutigen Rhein-Sieg-Kreis. Dabei stehen die zwangsweise durchgeführten Sterilisationen von Kranken sowie die Ermordung von psychisch Kranken und geis-

tig Behinderten unter anderem in der Tötungsanstalt Hadamar/Lahn im Vordergrund. Auch die Rolle der Universität und der Provinzialpflegeanstalten wird dabei untersucht.

⁸ Vgl. Forsbach, Fakultät (Anm. 8), S. 517.

⁹ Derzeit erarbeitet die Redaktion des LVR-Internetportals Rheinische Geschichte gemeinsam mit den Universitäten Bonn und Münster sowie dem Rhein-Sieg-Kreis eine Dokumentation zu den NS-Medizinverbrechen im Rhein-Sieg-Kreis, die sowohl in Buchform als auch im Netz erscheinen wird.

¹⁰ Vgl. Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903–1993), in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 73–176.

¹¹ Vgl. Edith Ennen, Hermann Aubin und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 34 (1970), S. 9–42; Eduard Mühle, Für Volk und Deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, Düsseldorf 2005.

¹² Exemplarisch Marlene Nikolay-Panter, Geschichte und methodischer Ansatz des Bonner Instituts. Eine Skizze, in: Manfred Groten / Andreas Rutz (Hrsg.), Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Göttingen 2007, S. 11–38, sowie Dies., Der Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Gründung und frühe Jahre, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 65 (2001), S. 374–399.

sche Geschichtskunde ebenso wie der Rheinische Verein je sechstausend Reichsmark erhalten hatten.¹³

Das Flurnamenarchiv ist übrigens ein besonderes Projekt für die Provinz. Es wurde mit Verve von dem Provinzialmitarbeiter und Bonner Kunsthistoriker Dr. Josef Busley vorgetragen.¹⁴ Hier haben wir ein eindrückliches Beispiel dafür, dass die Provinz nicht nur finanzierte, sondern auch zur Forschung anregte.¹⁵ Da das Institut der Provinz nahestand, sollte es das Flurnamenarchiv tragen.¹⁶ Die Provinz zahlte 1930 dafür eintausend Reichsmark als Anschlag, 1931 nochmals tausend, dann je fünf-hundert beziehungsweise dreihundertfünfzig Mark.¹⁷

Busleys Nachfolger, der Münsteraner Kunsthistoriker und SA-Standartenführer Dr. Hans-Joachim Apffelstaedt erhöhte die Unterstützung 1935 wieder auf fünfhundert Mark, wenngleich seine Affinität auch auf anderem Gebiet lag.¹⁸ Der Anfang des Flurnamenarchivs befand sich in den Weimarer Jahren; auch die Methoden waren über das Jahr 1933 hinaus gleich geblieben. Dass für das Projekt nach 1933 aber anders geworben wurde, lässt sich besonders gut in einem Beitrag im Westdeutschen Beobachter vom 12. Oktober 1936 nachlesen, für den der Institutsmitarbeiter Anton Meyer verantwortlich zeichnete. Er beginnt folgendermaßen: »Mit Recht ist in den letzten Jahren die Flurnamenforschung immer mehr in den Brennpunkt des Interesses gerückt. Man hat erkannt, welche Werte in den an Grund und Boden haftenden Namen verborgen liegen.« Und er endet: »Denn hier kann er [der Lehrer] blut- und lebensvolle Verbindung schaffen zum Heimatboden. Und das ist schließlich

für uns alle eines der schönsten Ziele der Flurnamenforschung: neue Bande zu knüpfen zwischen Mensch und Scholle, uns die Schönheit und den Sinngehalt unserer Heimat zu zeigen, damit wir diesen unseren Heimatboden immer glühender lieben, uns ihm immer enger verhaftet fühlen! Damit wir in der Heimat unser Vaterland lieben!«¹⁹ Dazwischen ist es dann brave Wissenschaft. Das sollte dem Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande jedoch auf weite Sicht wenig nützen. Die Zuschüsse wuchsen, aber geringer als etwa für das neue Vor- und Frühgeschichtliche Institut oder etwa für die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde. Auch die Forschungsstelle für Volkstum im Ruhrgebiet erhielt 1939 mehr als die zweitausendzweihundert des Instituts.²⁰

Ein anderes Fach sollte der geschichtlichen Landeskunde den Rang ablaufen: die Volkskunde. In der Volkskunde als völkischer Kunde sah Apffelstaedt die Möglichkeit, eigene Akzente zu setzen. Als es schließlich auf Initiative des Landesrats zu einer Berufung kam, war diese mit zahlreichen Gesprächen vorbereitet. Apffelstaedt wusste genau, was und wen er wollte, und das waren nicht die zu sehr der katholischen Kirche verpflichteten Bonner Volkskundler. Von diesen riet ihm auch der Historiker und Leiter des Instituts für geschichtliche Landeskunde, Franz Steinbach,²¹ sowie der Kunsthistoriker Alfred Stange ab,²² ein Vertrauter Alfred Rosenbergs und enger Gesprächspartner des Landesrats.²³

Steinbach hoffte derweil auf die Einbettung der Volkskunde in sein Institut. Nach der Emeritierung des katholischen Religionssoziologen Wilhelm Schwer im

¹³ Für den Haushaltsplan 1928 vgl. Archiv des Landschaftsverbands Rheinland (im Folgenden: ALVR), Nr. 3670, S. 389, zit. n. Wolfgang Franz Werner, Der Provinzialverband der Rheinprovinz, seine Kulturarbeit und die Westforschung, in: Burkhard Dietz / Helmut Gabel / Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Bd. 2, Münster 2003, S. 741–762, hier S. 749.

¹⁴ Entfällt.

¹⁵ Vgl. ALVR, Nr. 11058, Schreiben von Bach an Busley, 24.07.1930 (stark beschädigt). Bach: »Ich erlaube mir, Sie darauf hinzuweisen, dass die rheinische Flurnamensforschung in der Tat im Institut einen Mittelpunkt gewinnen soll.« Er stehe gerade in entsprechenden fachlichen Verhandlungen. Der von Busley »gestreifte Aufgabenkreis liesse sich sehr wohl im Institut bewältigen«. Für ihn stelle sich nur die Frage nach der personellen Ausstattung.

¹⁶ Die Diskussion darüber verlief alles andere als reibungslos. In der konstituierenden Sitzung am 23.11.1930 habe Josef Müller die Forderung gestellt, dass das Institut die Flurnamenforschung in seinen Aufgabenbereich übernehmen müsse und die Direktion die Beantragung von Mitteln bei »den hierfür verantwortlichen Stellen wie Staat und Provinz« übernehmen solle. Steinbach sei »dem mit aller Schärfe« entgegengetreten. Er glaube, »daß eine solch groß angelegte Arbeit alles andere als nur nicht behördlich aufgezogen werden kann und darf«.

¹⁷ Vgl. Die Korrespondenz zwischen Bach und Busley sowie Bach und Horion in ALVR, Nr. 11058 für Anträge, Verwendungsnachweise und Kostenaufstellungen. Bereitgestellt wurden auch Son-

derzuschüsse: Neben einer Hilfe von 500 RM wird dem Institut am 16.09.1931 beispielsweise ein weiterer Zuschuss in Höhe von 500 RM bereitgestellt, der für die Erforschung saarländischer Flurnamen zu verwenden war. In diesem Zusammenhang hatte sich bereits Hermann Aubin als Vorsitzender der Saarforschungsgemeinschaft am 10.09.1931 an Busley gewandt, um die beantragte Summe von 500 RM zu erbitten, um »die Verbindung zwischen den Sammlern der Flurnamen im Saarlande und dem neubegründeten Rheinischen Flurnamenarchiv in Bonn herzustellen«.

¹⁸ Vgl. ebenda, Schreiben von Bach an Apffelstaedt, 02.04.1935. Dort auch handschriftliche Notizen Apffelstaedts über bisherige Zuschüsse und die Erhöhung 1935. Im Gegensatz zu Busley besuchte Apffelstaedt die in Bonn ausgerichteten Mitarbeiterkonferenzen des Flurnamenarchivs nur selten.

¹⁹ Westdeutscher Beobachter, Abendausgabe, 12.10.1936.

²⁰ Vgl. Werner, Provinzialverband (Anm. 14), S. 752 f.

²¹ Dass Steinbach in Berlin nicht nur als Gesprächspartner Apffelstaedts, sondern auch als ein in weltanschaulicher Hinsicht zu fördernder Wissenschaftler galt, zeigt ein ideologisches Einschätzungsschreiben an den SS-Hauptsturmführer beim SD Karl Gegenbach. Vgl. Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), R/9361/II Nr. 973739.

²² Zu Stange vgl. Nikola Doll, Politisierung des Geistes. Der Kunsthistoriker Alfred Stange und die Bonner Kunstgeschichte im Kontext nationalsozialistischer Expansionspolitik, in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 14), S. 979–1016.

²³ Universitätsarchiv Bonn PF 138–84, Schreiben von Stange an Apffelstaedt, 10.07.1944.

Herbst 1941 bot sich dann die Gelegenheit zur Schaffung des Lehrstuhles. Unter Zuhilfenahme von Hans Barion,²⁴ Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät, schlug man die Professur kurzerhand der Philosophischen Fakultät zu.²⁵ Der zunächst als Ordinarius vorgesehene Erich Röhr fiel am 1. März 1943 einem Bombenangriff zum Opfer. Ihm folgte Josef Plassmann nach,²⁶ ebenfalls auf Wunsch Apffelstaedts, wie ein Brief des Dekans Alfred Stange an den Landesrat vom 10. Juli 1944 belegt. Hier geht Stange auf einen nicht überlieferten Brief des Landesrates ein, berichtet davon, dass die volkskundlichen Vorlesungen Plassmanns gut angenommen würden und dass er auch in den Fragen des Ausbaus der Volkskunde ganz auf Seiten der Überlegungen Apffelstaedts stünde. Diese seien jedoch erst nach dem Krieg umzusetzen. Apffelstaedt präferierte ein eigenes volkskundliches Institut mit Anbindung von Flurnamenarchiv und dem Rheinischen Wörterbuch. Das hätte zur nachhaltigen Schwächung oder gar zum Ende des Instituts für geschichtliche Landeskunde geführt und zeigte die Präferenzen der NS-Kulturpolitik. Sie lagen nicht in der Landesgeschichte nach den Vorstellungen Steinbachs. Freilich machte das Kriegsende diesem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung.²⁷

Der Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande

Die Verbindung von Institut und Provinzialverband war vor allem durch die Gründung des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande im Jahr 1924 vorangetrieben worden. Initiativ waren Hermann Aubin, der Leiter der Universitätsbibliothek Ernst von Rath, der Historiker Aloys Schulte sowie der Theologe Fritz Tillmann mit einem Brief an Landeshauptmann Johannes Horion herangetreten.²⁸ Dieser zweite Akt, die Verankerung der Forschung des Instituts in der Bevölkerung – hier vor

allem bei den Entscheidern und Erziehungsmanagern an den Schulen –, wurde durchaus als ein politischer betrachtet. So schrieben Aubin und seine Mitstreiter am 20. November 1924 an Johannes Horion, es sei das Gebot der Stunde, das Rheinland aufgrund seiner aktuellen kulturpolitischen Bedeutung in seiner landeskundlichen Breite zu erforschen. Den Lehrern an den Schulen müsste entsprechendes Fachwissen vermittelt werden, damit diese es kompetent im Unterricht weitergeben könnten. Nicht genannt, aber mitgedacht waren die Auseinandersetzungen um die politische Zukunft des Rheinlandes; dies insbesondere angesichts der französischen Rheinlandbesetzung.²⁹ Schärfer wurde das Anliegen im Aufruf zur Gründung des Vereins aus dem gleichen Jahr formuliert: »Krieg und Zusammenbruch der äußeren Machtmittel des Staates haben in allen Kreisen der Bevölkerung eine stärkere Besinnung auf die Wurzeln unserer Volkskraft, auf die ideellen Werte des heimat- und volklichen Gemeinschaftsgefühls herbeigeführt. [...] In dieser Betätigung sucht man Trost in den Nöten der Gegenwart und ein Gegengewicht wider die mechanisierende Wirkung modernen Wirtschaftslebens.«³⁰ Zudem wird die Einbettung der Heimatgeschichte und -bewegung in einen überregionalen Kontext angemahnt, da »sie ohne Kraftzufuhr aus den Quellen des höheren geistigen Lebens der Nation unweigerlich versanden muss.«³¹

Hier stehen bereits alle Parameter bereit: Landesgeschichte als defensive Rückversicherung, Heimatgeschichte als Selbstvergewisserung, Einbettung in den Fluss wissenschaftlicher Forschung – und dies alles in einem Bezugssystem mit der allgemeinen Geschichte und der des Reiches. Konkrete Ziele waren die Vernetzung der heimatgeschichtlichen Tätigkeiten, die materielle Stärkung des Instituts sowie die Verstetigung der Aus- und Weiterbildung von Lehrern durch die Universität. Den Aufruf unterzeichneten neben Johannes Horion auch die Bischöfe der Rheinprovinz, zahlreiche Oberbürgermeister, auch Konrad Adenauer, der Oberpräsident der Rheinprovinz Johannes Fuchs, Reichsminister Karl

²⁴ Zu Barion vgl. Thomas Marschler, Kirchenrecht im Bannkreis Carl Schmitts. Hans Barion vor und nach 1945, Bonn 2004; Erwin Gatz, Die Bonner Katholisch-Theologische Fakultät im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit, in: Becker, Diktatur (Anm. 3), S. 59–78, und S. 68.

²⁵ Vgl. Hans-Paul Höpfner, Bonn als geistige Festung an der Westgrenze? Zur Rolle und Bedeutung der »Westforschung« an der Universität Bonn 1933–1945, in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 14), S. 673–689, hier S. 686; Gatz, Fakultät (Anm. 25), S. 71.

²⁶ Für die Vorgänge rund um die »Berufungsverhandlungen« vgl. Gisela Lixfeld, Das »Ahnenerbe« Heinrich Himmlers und die ideologisch-politische Funktion seiner Volkskunde, in: Jacobeit/Lixfeld/Bockhorn, Wissenschaft (Anm. 2), S. 217–254 (wo S. 236 Apffelstaedt irrtümlich als Oberpräsident der Rheinprovinz bezeichnet ist).

²⁷ Universitätsarchiv Bonn, PF 138–84, Schreiben von Stange an Apffelstaedt, 10.07.1944, dort: »Dieser [Steinbach] wird sich nicht sehr gerne vom Flurnamenarchiv und vom Rheinischen Wörterbuch trennen. Es wird darauf ankommen, einen geeigneten Modus zu finden.«

²⁸ Vgl. ALVR, Nr. 11061, S. 1f.; Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 376.

²⁹ Vgl. Martin Schlemmer, Die Rheinlandbesetzung (1918–1930), in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-rheinlandbesetzung-1918-1930/DE-2086/lido/57d133f17e43d1.98845861>; zuletzt auch Hans-Ludwig Selbach, Katholische Kirche und französische Rheinpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Nationale, regionale und kirchliche Interessen zwischen Rhein, Saar und Ruhr 1918–1924, Köln 2013.

³⁰ ALVR, Nr. 11061, S. 3.

³¹ ALVR, Nr. 11057, S. 20.

Jarres, Carl Duisberg, zahlreiche führende Unternehmer, Landräte und der Direktor des Bonner Museums Professor Hans Lehner.³²

Der Verein wurde vollumfänglich und nachhaltig von Johannes Horion unterstützt.³³ Zunächst mit der Erlaubnis, seinen Namen unter den Aufruf zu setzen, später mit der Zusage finanzieller Unterstützung des Vereins. Im Dezember 1924 beantragte Horion beim Provinzialausschuss einen Zuschuss für den Verein über eine Mitgliedschaft der Provinz – dies tat er wortwörtlich mit genau jener Begründung, mit der Aubin und seine Mitsstreiter zuvor bei ihm vorstellig geworden waren. Der Provinzialausschuss folgte Horion am 15. Dezember 1924 und stimmte einem Beitritt mit jährlich einhundert Reichsmark Mitgliedsbeitrag zu.³⁴ Im Januar 1925 erfolgte, mit wichtigen Institutionen und Personen im Rücken, die Werbekampagne für den Verein. Die Heimatprovinz und das rheinische Volk wurden hierbei in die Verantwortung genommen.³⁵ Bereits am 6. März des Jahres kam es schließlich zu jenem Zusammenschluss, der bis heute Bestand hat: Fritz Tillmann, der sich um die Gründung des Vereins besonders verdient gemacht hatte,³⁶ war bei Horion vorstellig geworden, um ihm den Vorsitz anzutragen. Dieser stimmte zu; sein Stellvertreter sollte Tillmann selbst werden. Karl Leopold Kaufmann, der dynamische Landrat von Euskirchen, sowie der Bonner Unternehmer Dr. Alfred Soennecken waren als Beisitzer vorgesehen.³⁷

Auch über die Provinz hinaus wurde Horion aktiv. Er warb in den Kommunen und in Berlin. Schon am 14. März 1925 versicherte ihm Friedrich Trendelenburg, Ministerialdirektor aus dem Kultusministerium, seine Wertschätzung und sagte einen Zuschuss des »Westreferats« über eintausend Reichsmark zu.³⁸ Am 18. März 1925 kam es zur Gründung des Vereins. Am 3. Juli wurden erstmals fünfhundert Reichsmark der Provinz ausgezahlt. Dies sollte neben den einhundert Mark der stetige Zuschuss der Provinz für den Verein sein – abgesehen von den Zuschüssen, die bereits dem Institut zukamen.

Die erste Tagung des Vereins fand in Koblenz im Katholischen Leseverein, der Lese, statt, mit Vorträgen von Franz Steinbach und Günther Wohlers. Die Exkursion

ging an den Mittelrhein nach Rhens und Provinzgrenzen sprengend nach Braubach sowie auf die Marksburg. Die Veranstaltung wurde mit einer Ausstellung historischer Wandkarten in der Lese abgerundet. Besonderen Wert legte man darauf, Horion die Leitung der Tagung anzutragen. Das Provinzialschulkollegium hatte derweil die Schulen angewiesen, ihrem Lehrpersonal Urlaub zu gewähren.³⁹

Die Möglichkeiten für die Provinz waren nur begrenzt, Horion aber die treibende Kraft, wenn es um die Stützung des Instituts und des Vereins ging. Dies wird besonders deutlich, als die Universität versuchte, Hermann Aubin zu einer planmäßigen Professur zu verhehlen. Hier sperrte sich das Kultusministerium, und auch Horion waren angesichts der schlechten Finanzlage und des scharfen Spardrucks, den Provinzialausschuss und Landtag ausübten, die Hände gebunden. Es blieb bei den fünfhundert Mark. Stattdessen machte sich Horion daran, den Verein mit klassischer Netzworfbildung zu stärken.⁴⁰ Im Jahr 1927 zählte der Verein 617 Mitglieder, darunter 217 körperschaftliche und 400 persönliche.⁴¹

Auf den Vorstandssitzungen wurden, das zeigt etwa das Protokoll der Sitzung vom 6. Juni 1928, inhaltliche Forschungsfragen diskutiert. So stieß Steinbach auf der Sitzung Forschungen zu Reformation und Gegenreformation, zum Postwesen und zum Straßenwesen an. Inwiefern dies von Horion getragen wurde, muss offenbleiben. Von Bedeutung war inzwischen auch Josef Busley, der im Dialog zwischen Verein beziehungsweise Institut und Provinz agierte und nunmehr Teil des Vereinsvorstands war.⁴² Hauptarbeitsfeld blieb in der Weimarer Zeit jedoch das Institut. Der Verein war eine Ergänzung, wenn auch eine politisch nicht unbedeutende. Dies zeigt nicht zuletzt die Debatte um den Standort der Jahrestagung 1928. Hier schlug Steinbach Trier mit der Begründung vor, dass es den Bewohnern des Saargebiets so leichter falle, den Tagungsort zu erreichen. Dass neben der übergeordneten Politik vor allem aber persönliches Gewicht eine Rolle spielte, wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass nicht Trier, sondern der Kreis Euskirchen mit dem Landrat Kaufmann im Vorstand vorgezogen wurde.⁴³

³² Der Aufruf ist auch abgedruckt in Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 397–399.

³³ Zu Horion vgl. das Porträt von Wolfgang Schaffer, Johannes Horion (1876–1933), Landeshauptmann der Provinzialverwaltung, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/johannes-horion/DE-2086/lido/57c83407328a16.93157267> (Zugriff am: 25.09.2018). Eine wissenschaftliche Monographie über Johannes Horion steht nach wie vor aus.

³⁴ Vgl. ALVR, Nr. 11061, S. 16.

³⁵ Vgl. ebenda, S. 15.

³⁶ Vgl. Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 375. Hier wird zitiert aus dem Archiv des Instituts für geschichtliche Landeskunde, Nr. 79. Brief Aubin an Horion: Er, Aubin, sei sich »sehr wohl

bewußt, daß der Gedanke unseres Vereins niemals befriedigend in die Wirklichkeit wäre umgesetzt worden, wenn nicht Prof. Tillmann der Vorbereitung das Gewicht seines Namens geliehen hätte.«

³⁷ Vgl. ALVR, Nr. 11061, S. 1–2; Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 376. Letztlich wurde Soennecken Schatzmeister, Tillmann und Kaufmann Beisitzer. Aubin wurde zum Schriftführer berufen, vgl. Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 378.

³⁸ ALVR, Nr. 11061, S. 22.

³⁹ Vgl. Nikolay-Panter, Verein (Anm. 13), S. 383 f.

⁴⁰ Vgl. ALVR, Nr. 11061, S. 53.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 48.

⁴² Vgl. ebenda, S. 79

⁴³ Vgl. ebenda, S. 64 f.

Doch blieb die Saar stets im Blick von Verein und Provinz; Busley fungierte auch hier als Movers und wurde auch als solches von den Saarkommunen gesehen.⁴⁴

Neben der landesgeschichtlichen Forschung waren volkskundliche und sprachgeschichtliche Themen zentrale Bestandteile der Korrespondenz. Zudem geriet die Grenzlanddebatte immer mehr in den Blickpunkt.⁴⁵ Meist gingen die Initiativen von den Wissenschaftlern aus. Dabei hatten sie einen sehr genauen Blick für die Fragen und »Anforderungen« der Zeit. So bot Steinbach 1932 anlässlich ihrer Eröffnung eine fertige Geschichte der »Köln-Bonner Autobahn«, gemeint war die Kölner-Bonner Chaussee, mit Widmung der Provinzialverwaltung an. Die Druckkosten betragen sechshundert Reichsmark. Einzelprojekte kamen so zur Finanzierung. Die letzten Weimarer Jahre waren jedoch auch für die Provinz eine Zeit tiefgreifender ökonomischer und fiskalischer Krisen. Im Jahr 1930 wurden zwar noch die Rheinischen Vierteljahrsblätter mit Unterstützung der Provinz begründet. Die Tagungen wurden hingegen eingeschränkt; nicht zuletzt, weil auch die Finanzkrise voll auf den Verein durchschlug und von der Provinz nicht aufgefangen werden konnte.⁴⁶ Der jährliche Zuschuss schrumpfte 1932 auf dreihundert Reichsmark und musste schließlich noch in zwei Raten aufgeteilt werden.⁴⁷ Dafür war das Jahr 1932 aufgrund einer anderen Sache interessant: Mit einem Vortrag von Josef Scheben über die rheinische Amerikaauswanderung kamen Themen zum Tragen, die gleichermaßen innovativ und gewissermaßen zukunftsweisend waren.⁴⁸

Mit dem Jahr 1933 war das Ende des alten Vereins eingeläutet: Horion verstarb am 19. Februar in Düsseldorf, Karl Leopold Kaufmann lud als sein Stellvertreter für den 30. Juli zur Tagung nach Traben-Trarbach mit Wahl des Vorsitzenden ein: Der NSDAP-Parteifunktionär Heinz Haake folgte auf Horion; Busley war noch im Amt, wenn auch nicht mehr lange. Er wurde von Hans-Joachim Apffelstaedt ersetzt.

Es blieb auch nach 1933 bei den dreihundert Mark in zwei Raten. Allerdings wurden die Themen zunehmend aggressiver vorgetragen, ebenso die Berichte an die Verwaltung. In seinem Anschreiben an den Landesrat Wilhelm Kitz vom 20. Juni 1933 legte Karl Leopold Kaufmann fest, wo die inhaltliche Anbindung nunmehr erfolgen sollte: in den klassischen Themen und in der Grenzlandforschung. So galt gleich die erste Tagung un-

ter Haake am 6. April 1934 der unter dem Mandat des Völkerbundes stehenden Saar und wurde »Saarfragen« betitelt. Hier wurde das Saargebiet von allen Seiten beleuchtet, durchaus auch seriös.⁴⁹ Die Jahrestagung 1938 beschäftigte sich mit Lotharingien (Steinbach) und mit den Niederlanden, wobei Franz Petri mit seinem Vortrag über »Deutsche volksgeschichtliche Forschungsaufgaben in den Niederlanden« mehr den Vorstellungen des Regimes entsprach als Steinbach mit seinem braven politik- und territorialgeschichtlichen Vortrag.⁵⁰ Doch Haake war ebenso wie Apffelstaedt nur verhalten interessiert an der Arbeit des Vereins und leistete eher Dienst nach Vorschrift. Beide ließen sich überwiegend entschuldigen; nicht nur, wenn Hermann Göring vorstellig wurde, wie etwa am 14. Juni 1936. Da halfen auch Ansprachen Steinbachs nichts und auch nicht die Anrede »Führer des Vereins« an Haake. Allerdings waren die Kulturspitzen in ihrer Vereinsarbeit nicht mehr so frei wie zuvor Busley und Horion. Denn nunmehr mussten die Tagungsprogramme in Berlin abgesehen werden.⁵¹

Die Vor- und Frühgeschichte

Das eigentliche Leib- und Magenthema für die Provinz und für Haake nach 1933 war die Vor- und Frühgeschichte. Insbesondere Jan Bemann hat sich in den letzten Jahren um die Erforschung ihrer bislang nur stiefmütterlich aufgearbeiteten Geschichte an der Universität Bonn verdient gemacht.⁵²

Die Vor- und Frühgeschichte erfuhr unter völkischem Vorzeichen eine rasante Aufwertung. Heute betrachten wir sie als eine der »Legitimationswissenschaften«, eignete sie sich doch bestens, um rassistische und territoriale Ansprüche zu untermauern. Dem verlieh auch der Prähistoriker Kurt Tackenberg in einer von Wilhelm Pinder und Alfred Stange herausgegebenen Festschrift zum fünfzigsten Geburtstag Adolf Hitlers Ausdruck: »Bis dahin [1933] war das Fach einem kleinen Kreis von Wissenschaftlern und Freunden der Vorzeit lieb; jetzt ist es mit Rassenkunde, Volkskunde und Geschichte gleichberechtigt und herausgehoben, an der weltanschaulichen Ausrichtung der Nation mitzuarbeiten.«⁵³ Auch hier stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Kooperation zwischen Universität und Provinzialverband für die

⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 122.

⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 179.

⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 186.

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 200.

⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 213.

⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 242.

⁵⁰ Vgl. ebenda, Vorläufiges Programm der 13. Jahrestagung von 1938.

⁵¹ Vgl. ebenda, Mitteilung von Vogler an Apffelstaedt, 26.04.1939.

⁵² Vgl. v.a. Kunow, Otten und Bemann (Fußnotenvorspann) für den Kontext der »Westforschung«, aber auch Uta Halle, Archäologie und »Westforschung«, in: Dietz/Gabel/Tiedau, Griff (Anm. 14), S. 383–406.

⁵³ Zit. nach Jan Bemann, Kurt Tackenberg und die Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie an der Universität Bonn. Die Jahre 1937–1945, in: Kunow/Otten/Bemann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 353–387, hier S. 353.

Konjunktur der Vor- und Frühgeschichte hatte und ob damit Einfluss auf organisatorische oder gar inhaltliche Prozesse genommen wurde oder andere Gründe eine Rolle für die Provinz spielten.

Der genannte Tackenberg wurde 1937 auf Empfehlung Alexander Langsdorffs – Mitarbeiter im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sowie Mitglied des persönlichen Stabes von Heinrich Himmler – zunächst als außerordentlicher Professor des neugeschaffenen Lehrstuhls für Vor- und Frühgeschichte berufen. Nach vermehrten Anläufen war es der Fakultät verhältnismäßig spät – in Köln bestand seit 1925 bereits ein Institut für Ur- und Frühgeschichte⁵⁴ – gelungen, das Ordinariat einzurichten.⁵⁵

Bei der Gründung des damit zusammenhängenden Instituts für Vor- und Frühgeschichte an der Universität Bonn hatte die Provinz eine hervorgehobene Stellung eingenommen. Zwar hatte das Reichsministerium die Kosten in Höhe von achtzigtausend Reichsmark für den Ankauf der Räumlichkeiten von der Stadt Bonn übernommen, doch waren für die Aufnahme des Betriebes umfassende Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen vonnöten. Landeshauptmann Haake stellte der Universität sechzigtausend Reichsmark zur Verfügung. Auch den Jahresetat trug die Provinz zu mehr als Zwei Dritteln.⁵⁶ Überhaupt lässt sich im Falle der Vor- und Frühgeschichte ein überaus großes Interesse und Engagement von Seiten Haakes und Apffelstaedts feststellen. Die enge Verflechtung wurde nicht zuletzt bei den großen Eröffnungsfeierlichkeiten des Instituts deutlich, zu denen der Landeshauptmann nicht nur eingeladen war, sondern auch die Eröffnungsrede hielt. Dass dies ganz im Sinne Haakes lag, zeigt ein Schreiben an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, in dem er über das »von mir gemeinsam mit der Stadt Bonn vor einigen Jahren gegründete«⁵⁷ Institut sprach.

Apffelstaedt und Haake hatten sich in der Auseinandersetzung zwischen Alfred Rosenberg, der größeren Einfluss auf die Vor- und Frühgeschichte nehmen wollte, und einer breiten Front an Gegnern, darunter das Reichs-

erziehungsministerium und Himmlers SS-Ahnenerbe, auf die Seite der Rosenberg-Gegner geschlagen.⁵⁸ Vor diesem Hintergrund hatten Haake und Apffelstaedt die Gründung des Instituts flankiert. Letzterer hatte 1936 im Verbund mit Oberpräsident Terboven einen Zusammenschluss des Norddeutschen mit dem Süd- und Westdeutschen Altertumsverband angeregt und die Beteiligten auf die Bedeutung der provinziäl-römischen Forschung eingeschworen.⁵⁹ Das ist keineswegs als nonkonformes Aufbegehren regionaler Funktionsträger misszuverstehen. Vielmehr handelte es sich um einen auf der ausufernden Germanophilie vieler NS-Parteigenossen basierenden Richtungsstreit, in den sich die Provinz einschaltete – und zwar pro domo. Die provinziäl-römische Forschung stärkte die Bedeutung des eigenen Hauses im Kampf mit den Gauen um eigene Machtpositionen. Zudem sah man sich durchaus auf der Seite Hitlers mit dieser Sicht auf die römische Vergangenheit.

Die Bedeutung des Landeshauptmanns Haake zeigte sich jedoch auch in praktischen Belangen: Während des Krieges, im Juli 1940, eröffnete Haake Tackenberg das Vorhaben, das Institut in Werner-Buttler-Haus umzubenennen. Der dreiunddreißigjährige Vorgeschichtliche Buttler, seit 1930 NSDAP-, seit 1936 SS-Mitglied, war im Mai 1940 in Luxemburg gefallen. Zu Beginn des Weltkrieges hatte er sich freiwillig gemeldet. Gleichzeitig zählte er in den dreißiger Jahren zu den vehementesten Gegnern von Rosenbergs Expansionskurs.⁶⁰ Nun – so heißt es in einem Schreiben Tackenberg an das Ministerium – solle an ihn erinnert werden, nachdem er »vor wenigen Wochen im Kampf gegen Frankreich den Heldentod gestorben« ist.⁶¹ Haake, der sich bereits zuvor an das Reichsministerium gewandt hatte, wurde von Tackenberg unterstützt. Seine Bemühungen trugen Früchte: Von September 1940 an trug das Institut für Vor- und Frühgeschichte die Bezeichnung »Werner-Buttler-Institut für Deutsche Vor- und Frühgeschichte«.⁶²

Die Vor- und Frühgeschichte erlebte in den Jahren des Dritten Reiches einen Boom. Alleine die Zahl der Lehrstühle in Deutschland stieg bis 1942 von sechs auf

⁵⁴ Vgl. Martina Schäfer, Die Geschichte des Instituts für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Köln 1925–1945, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 315–330.

⁵⁵ Vgl. Bemmann, Tackenberg (Anm. 54), S. 355.

⁵⁶ Vgl. Höpfner, Bonn (Anm. 26), S. 680.

⁵⁷ BA R 4901, Nr. 14308, S. 55, Schreiben von Haake an Rust, 22.07.1940, zitiert nach Bemmann, Tackenberg (Anm. 54), S. 356.

⁵⁸ Zu Apffelstaedt vgl. Heidi Gansohr-Meinel, Hans-Joachim Apffelstaedt und die rheinische Archäologie, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 49–65.

⁵⁹ Vgl. Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, 2. Aufl., München 2006, S. 190; Gunter Schöbel,

Die Einflussnahme des »Amtes Rosenberg« auf die Rheinprovinz, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 77–96.

⁶⁰ Vgl. Bollmus, Amt (Anm. 60), S. 199; zu Buttler vgl. auch Höpfner, Bonn (Anm. 26), S. 681, oder Uta Halle, »Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch!«. Prähistorische Archäologie im Dritten Reich, Bielefeld 2002, S. 391; verwiesen wird auch auf den biographischen Beitrag von Eberhard Buttler über den eigenen Vater: Eberhard Buttler, Werner Buttler – ein rheinischer Vorgeschichtler, in: Kunow/Otten/Bemmann, Archäologie (Fußnotenvorspann), S. 215–226.

⁶¹ Zitiert nach Bemmann, Tackenberg (Anm. 54), S. 360.

⁶² Vgl. ebenda, S. 360 f.

fünfundzwanzig.⁶³ Der Provinzialverband zeichnete im Verbund mit dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für die Gründung des Instituts nicht nur materiell verantwortlich. Auch seine Protagonisten beteiligten sich an innerparteilichen Kämpfen um den Einfluss auf die Vor- und Frühgeschichte und letztlich den Einfluss der Provinz am Rhein.

Fazit und Ausblick

Die Installation der Landeskunde in Bonn wurde vom Provinzialverband nachhaltig unterstützt. Er war jedoch nicht der Hauptprotagonist und minderte angesichts der Wirtschaftskrise nach 1930 die Unterstützung sowohl für den Verein als auch für das Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande nachhaltig. Einzelpersönlichkeiten wie Johannes Horion und Joseph Busley förderten oftmals mit eigenem akademischem Interesse die Arbeit der Wissenschaftler mit ihren vielfältigen politischen Anknüpfungspunkten. Man versprach sich Unterstützung in einer Phase der Unsicherheit im Innern; die Saarbeit Busleys und die Begründungen der Projekte sprechen dabei für sich. Der Charakter ihrer kulturpolitischen Handlungen war jedoch nicht aggressiv, sondern defensiv.

Heinrich Haake und Hans-Joachim Apffelstaedt waren an der Arbeit der klassischen Landeskunde hingegen wenig interessiert. Andere Fächer wie die Volkskunde oder die Vor- und Frühgeschichte liefen den altgedienten, häufig den »Gelehrtentyp alter Schule«⁶⁴ verkörpernden

wissenschaftlichen Eliten den Rang ab. Die (kultur-)politischen Spitzen des Provinzialverbandes förderten diese weiter, nutzten aber nur dann das akademische »Equipment« vor Ort, wenn es für die eigenen Ziele von Vorteil war. So etwa in den Machtkämpfen mit den Gauen, als Steinbach für Haake ein Gutachten über den Sinn der Rheinprovinz verfassen musste,⁶⁵ genauso bei der Frage nach der Bestallung der Volkskunde, aber letztlich auch bei der Debatte um die Vor- und Frühgeschichte.

Hans-Joachim Apffelstaedt erlangte über sein Tun akademische Ehren. Er wurde am 30. Januar 1941 zum Ehrenbürger der Universität Bonn ernannt – die einzige bisher bekannte institutionelle Vernetzung zwischen 1920 und 1945 von Universität und Provinzialverband.⁶⁶ Den Festvortrag hielt Hans Herter mit dem Titel »Volk und Heimat als nordisches Erlebnis«. In der Landeskunde blieb man bei seinen Projekten. Sie verliefen jedoch unter einer anderen Kennzeichnung und mit aggressiverer Begründung. Nicht zuletzt Anton Meyers Artikel im Westdeutschen Beobachter verdeutlicht, wie die Vorgehensweise dabei war. Die fachlichen Methoden waren und blieben jene, die in den zwanziger Jahren entwickelt wurden, aber man wollte Leitdisziplin sein, also musste es eben völkisch klingen. Steinbach ging noch weit darüber hinaus: Er beriet nicht nur Apffelstaedt und Haake, sondern riet auch gemeinsam mit dem Karrieristen Alfred Stange von eigenen Kollegen ab, die ideologisch nicht sattelfest schienen.

Dr. Helmut Rönz, LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte Bonn, Endenicher Straße 133, 53115 Bonn, helmut.roenz@lvr.de

⁶³ Vgl. Hans Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999, S. 440f.

⁶⁴ So die Beurteilung des NS-Dozentenbundes im Falle Adolf Bachs. Vgl. Höpfner, Bonn (Anm. 26), S. 685.

⁶⁵ Vgl. ALVR, Nr. 14980, Gutachten Steinbach betr. Gliederung und Sinn der Rheinprovinz, 28.11.1933. Steinbach plädierte für die Beibehaltung der preußischen Struktur, »die mit Kraft und Zähigkeit zusammenfügte, was von Natur zu übermäßiger Zersplitterung neigt«. Damit habe man erst erreicht, »dass die Kräfte eines grossen, geschlossen der Grenze vorgelegenen Raumes zur Abwehr und Gegenangriff gesammelt und die kulturellen Vorstösse des Westens endlich nach Jahrhunderten zum Stillstand, teilweise schon zum Weichen[,] gebracht werden konnten.«

⁶⁶ Vgl. Universitätsarchiv Bonn Sig. Bib. 2148. Die Ansprache hielt Rektor Karl F. Chudoba. Beispielhaft zitiert: »Als Kulturdezernent bei der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz

ist er stets mit zielklarem Verständnis, jugendlichem Schwung und bewundernswerter Tatkraft im Rahmen der umfassenden Kulturbelange des westdeutschen Raumes für die Universität Bonn, ihre traditionsgebundene Geltung und ihr weitreichendes Ansehen eingetreten. Eine Reihe von Universitätsinstituten verdankt seiner nie ermüdenden Hilfe und vielseitigen Unterstützung willkommenen Aufschwung; einige unentbehrliche Forschungszweige haben erst durch ihn und seine verständnisvolle Förderung ihr Lebensrecht innerhalb der Universität erhalten. Viele Pläne, welche die unumgänglich notwendige Erweiterung und Umgestaltung unserer Hochschule betreffen, finden bei ihm, dem bewährten nationalsozialistischen Vorkämpfer, erfreulichen Widerhall, manche sind durch seine rastlose Mithilfe der Erfüllung nahe.« Eine Verbindung über die Gewährung von Lehraufträgen an der Universität hat mit Blick auf die im Universitätsarchiv Bonn liegenden Vorlesungsverzeichnisse nicht stattgefunden.

Summary. The University of Bonn and many of its faculties placed themselves at the service of National Socialist ideology during the Nazi era, mostly for opportunistic reasons rather than out of conviction. Cultural institutions in particular served as instruments for legitimizing and consolidating National Socialist interests. On the one hand, the Institute for Historical Regional Studies of the Rhineland, founded in the 1920s, had already been supported by the provincial administration at an early stage with projects such as plot name research gaining interest during the Nazi era. On the other hand, the Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande (Association for Historical Regional Studies of the Rhineland), as a supplement to the Institute, aimed at strengthening the local history. In the nineteen-thirties, however, interest in the history of the region was increasingly replaced by that in prehistory and early history. This, like folklore, was intended to underpin racial and territorial claims without serving the scientific elite alone, but rather to appeal to the broad public of the people and thus substantiate the legitimacy of Nazi ideology.

Résumé. A l'époque nazie, l'Université de Bonn et un grand nombre de ses facultés se mirent au service de l'idéologie national-socialiste. C'était généralement moins une question de conviction que d'opportunisme. Les institutions culturelles, en particulier, servirent d'instruments pour légitimer et consolider les intérêts nationaux-socialistes. D'une part, l'Institut d'études historiques régionales de la Rhénanie, fondé dans les années 1920, avait bénéficié très tôt du soutien par l'administration provinciale, surtout en lançant des projets tels que la recherche de toponymes qui suscitèrent un intérêt croissant pendant la

période nazie. D'autre part, le Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande (association pour les études historiques régionales de la Rhénanie), en complément de l'Institut, visait à revaloriser l'histoire locale. Dans les années 1930, cependant, l'intérêt pour l'histoire de la région fut de plus en plus remplacé par celui de la préhistoire et la protohistoire. Comme les études de culture régionale, cela devait étayer les revendications raciales et territoriales sans servir uniquement l'élite scientifique, mais plutôt à plaire au grand public et à asseoir ainsi la légitimité de l'idéologie nazie.

Resümee. Die Universität Bonn und viele ihrer Fakultäten stellten sich in der NS-Zeit in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie. Dies geschah meist weniger aus Überzeugung, sondern aus opportunistischen Gründen. Gerade Kulturinstitutionen dienten als Instrument zur Legitimierung und Festigung der nationalsozialistischen Interessen. Zum einen war das bereits in den zwanziger Jahren gegründete Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande bereits früh von der Provinzialverwaltung gefördert worden, wobei vor allem Projekte wie die Flurnamenforschung in der NS-Zeit an Interesse gewannen. Zum anderen zielte der Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande als Ergänzung des Institutes auf die Stärkung der Heimatgeschichte. Doch in den dreißiger Jahren wurde das Interesse an der Landesgeschichte immer mehr von der Vor- und Frühgeschichte abgelöst. Diese sollte, wie auch die Volkskunde, rassische und territoriale Ansprüche untermauern, ohne allein die wissenschaftliche Elite zu bedienen, sondern vielmehr um das breite Publikum des Volkes anzusprechen und damit die Legitimation der NS-Ideologie zu untermauern.